

Zusammenfassung

Der Bericht „Bildung in Deutschland“ ist die erste umfassende empirische Bestandsaufnahme, die das deutsche Bildungswesen als Gesamtsystem beschreibt. Er steht am Anfang einer auf Dauer angelegten Berichterstattung, die im Abstand von jeweils zwei Jahren Informationen zu den verschiedenen Bereichen sowie zu übergreifenden Aspekten des Bildungswesens liefern soll – dies auf der Grundlage der amtlichen Statistik wie auch repräsentativer Survey- und Paneldaten. Eine Besonderheit des Berichts liegt darin, dass er sich im Wesentlichen auf eine Auswahl fort-schreibbarer Indikatoren stützt. Auf Wertungen und Empfehlungen wird bei diesen problemorientierten Analysen weitgehend verzichtet. Welche Schlussfolgerungen aus den präsentierten Befunden zu ziehen sind, bleibt in erster Linie den Leserinnen und Lesern vorbehalten.

Welches sind die wichtigsten Befunde des Berichts?

Er macht zunächst, in Kapitel A („Bildung im Spannungsfeld veränderter Rahmenbedingungen“), darauf aufmerksam, dass Bildungspolitik und Bildungspraxis in ein Bedingungsgefüge eingebunden sind, das sie selbst nicht beeinflussen können, das aber für die Funktionsfähigkeit des Bildungssystems wichtig ist. Diese Rahmenbedingungen sind in den letzten Jahrzehnten erheblich schwieriger geworden. Vor allem der demographische Wandel mit anhaltend niedrigen Geburtenzahlen und alternder Bevölkerung verlangt dem Bildungssystem erhebliche Anpassungsleistungen ab. Es kommt hinzu, dass sich das Wirtschaftswachstum in den letzten Jahrzehnten deutlich abgeschwächt hat und die öffentlichen Haushalte unter Spardruck geraten sind; davon dürfte auf Dauer auch der Bildungssektor nicht verschont bleiben.

Neuartige Herausforderungen für das Bildungswesen beruhen auf den aktuellen Internationalisierungs- und Globalisierungstrends. Die steigende Marktoffenheit der deutschen Wirtschaft und die zunehmende Internationalisierung der Arbeitsmärkte stellen die

Bildungseinrichtungen vor die Aufgabe, den Schülerinnen und Schülern sowie den Auszubildenden und Studierenden diejenigen Kompetenzen zu vermitteln, die für ein selbstständiges Agieren in internationalen Austauschbeziehungen und auf internationalen Arbeitsmärkten nötig sind. Auch der Strukturwandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft mit neuen Tätigkeits- und Kompetenzprofilen kann nicht ohne Konsequenzen für den Qualifizierungsauftrag der Bildungseinrichtungen bleiben.

Die Pluralisierung von Familien- und anderen Lebensformen – gekennzeichnet durch Sinken der Geschwisterzahl, wachsende Zahl Alleinerziehender, zunehmendes Alter bei der Erstelternschaft, steigende Erwerbstätigkeit von Müttern u. a. – hat Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Schule und Familie. Es zeichnet sich ab, dass die Bildungspolitik vor allem durch erweiterte Ganztagsangebote im Kindes- und Jugendalter Konsequenzen aus diesem Wandel ziehen muss.

Kapitel B („Grundinformationen zu Bildung in Deutschland“) greift drei, die Bildungsbereiche übergreifenden Indikatoren auf: Bildungsausgaben, Bildungsbeteiligung und Bildungsstand.

Der Anteil der Bildungsausgaben am BIP ist seit Jahren rückläufig. Gemessen an der Wirtschaftsleistung wendet Deutschland nach den von der OECD für 2002 vorgelegten Daten bei einem BIP-Anteil von 5,3% weniger für Bildungseinrichtungen auf als andere OECD-Mitgliedstaaten (OECD-Mittel: 5,7%). Je Bildungsteilnehmer sind die Ausgaben jedoch annähernd so hoch wie im OECD-Durchschnitt. Die einzelnen Bildungsbereiche werden sowohl im Vergleich mit anderen OECD-Staaten als auch im Ländervergleich sehr unterschiedlich mit Mitteln ausgestattet. Auffallend ist, dass die jährlichen Ausgaben je Auszubildenden im Rahmen der dualen Ausbildung 2003 etwa doppelt so hoch wie die Ausgaben der Hochschulen für die Lehre je Studierenden waren.

Im Jahr 2004 besuchten 17 Mio. Menschen Bildungseinrichtungen vom Elementarbereich bis zur Hochschule. Die Bildungsbeteiligung ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen, am stärksten im Elementar- und im Hochschulbereich; sie ist auch im OECD-Vergleich hoch. Wichtiger als die zunehmende Inanspruchnahme von Bildungseinrichtungen ist aber die Frage, ob die Menschen die Zeit, die sie der Bildung widmen, effizient nutzen. Verschiedene bildungspolitische Maßnahmen (z.B. Vorverlegung des Einschulungsalters, Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur, Verkürzung von Studienzeiten) werden voraussichtlich zu einer Verkürzung der Bildungszeiten beitragen.

Wie die Bildungsbeteiligung ist auch der an den Abschlüssen gemessene Bildungsstand der Bevölkerung während der letzten Jahrzehnte gestiegen: deutlich beim Realschulabschluss und bei der Hochschulreife, weniger deutlich bei den Hochschulabschlüssen. Vergleicht man die Gruppe der 60- bis unter 65-Jährigen mit der Gruppe der 30- bis unter 35-Jährigen, so haben die Jüngeren doppelt so häufig die Hochschulreife erworben. Demgegenüber hat der Hauptschulabschluss an Bedeutung verloren. Hervorzuheben sind die verstärkten Bildungsanstrengungen der Frauen mit der Folge, dass sich ihr Bildungsniveau dem der Männer angeglichen hat, teilweise sogar höher ist. Unterschiede im Bildungsstand zwischen Ost- und Westdeutschland sind bis heute unverkennbar: ein größerer Anteil der Bevölkerung mit beruflichem Abschluss in den neuen, ein größerer Anteil mit Hochschulreife in den alten Ländern. Die Quote der Bildungsteilnehmer, die in der Berufsbildung ohne Abschluss bleiben, stagniert seit 20 Jahren auf hohem Niveau.

Welche Ergebnisse liefern die Indikatoren zu den einzelnen Bildungsbereichen?

Die „Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung“ (Kapitel C) gewinnt nicht zuletzt deshalb an Bedeutung, weil auf diese Weise gerade auch Kinder aus bildungsfernen Familien frühzeitig gefördert werden können. Dieses Angebot wird inzwischen von annähernd 90% der Kinder vor dem Schuleintritt genutzt. Kinder von Eltern mit niedrigem Bildungsabschluss gehen durchgängig etwas später und seltener in den Kindergarten als Kinder von Eltern mit höherer Bildung; etwas geringer ist auch der Kindergartenbesuch von ausländischen Kindern. Mit Blick auf die gesamte Versorgung und Nutzung auch bei jüngeren

Kindern gibt es noch große Unterschiede vor allem zwischen Ost- und Westdeutschland: Die Zahl der Kindergartenplätze ist in Westdeutschland vor allem auf Grund des Mitte der 1990er Jahre eingeräumten Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz erheblich gestiegen; doch ist die Versorgungsquote in den östlichen Flächenländern – vor allem mit Blick auf Ganztagsplätze – immer noch deutlich höher als im Westen.

Noch eklatanter ist der Unterschied beim Angebot an Plätzen im Krippenalter. In Ostdeutschland gibt es für gut ein Drittel dieser Kinder Plätze, im Westen reichte das Angebot 2002 lediglich für knapp 3%. Eine deutliche Differenz besteht auch zu Beginn des Kindergartenbesuchs: Trotz Rechtsanspruchs geht ein erheblicher Teil der Kinder im Westen erst im Alter von vier Jahren in den Kindergarten, während er im Osten bereits von 83% der Dreijährigen genutzt wird.

Die Qualität der Arbeit der Kindertageseinrichtungen hängt in hohem Maße von dem dort tätigen pädagogischen Personal ab. Es sind überwiegend an Fachschulen ausgebildete Erzieherinnen, die zusammen mit der nur kleinen Gruppe heilpädagogischer Fachkräfte mehr als zwei Drittel des pädagogischen Personals ausmachen. In den östlichen Flächenländern ist der Anteil der Erzieherinnen und Erzieher deutlich höher als im Westen. Im Vergleich zum Personal in anderen Bildungseinrichtungen fallen der ausgesprochen geringe Akademisierungsgrad, die zunehmende Teilzeitbeschäftigung und eine steigende Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse auf.

Früher wurden Kinder nach den übereinstimmenden Regelungen der Länder vom sechsten Lebensjahr an schulpflichtig. Vorzeitige Einschulungen waren die Ausnahme; demgegenüber nahm die Zahl der Rückstellungen zu. Inzwischen hat sich der Trend umgekehrt: Erstmals seit dem Schuljahr 2002/03 gibt es mehr vorzeitige als verspätete Einschulungen; die Länder gehen im Übrigen schrittweise dazu über, den Beginn der Schulpflicht vorzulegen und zu flexibilisieren.

Zu Kapitel D („Allgemein bildende Schule und non-formale Lernwelten im Schulalter“): Da das Schulwesen im Sekundarbereich I in verschiedene Schularten gegliedert ist, kommt insbesondere dem Übergang von der Grundschule in eine der weiterführenden Schularten des Sekundarbereichs I

große Bedeutung zu. Dieser Übergang ist eine entscheidende Gelenkstelle für Bildungskarrieren. Dabei zeigt sich, dass Kinder aus unteren sozialen Schichten bei der Übergangsentscheidung trotz gleicher Schulleistung benachteiligt werden. Die Chance des Gymnasialbesuchs für Kinder aus Familien der höchsten Sozialschicht ist im Vergleich zu der von Kindern aus Facharbeiterfamilien mehr als viermal so hoch. Darüber hinaus gibt es auch Übergänge („Auf- und Abstiege“) zwischen den verschiedenen Schularten des Sekundarbereichs I. Während in den alten Ländern mehr Abstiege als Aufstiege zu verzeichnen sind, halten sich Aufwärts- und Abwärtswechsel in den neuen Ländern nahezu die Waage. Auch bei den Auf- und Abstiegen sind soziale Disparitäten zu beobachten: Schülerinnen und Schüler aus unteren Sozialschichten, vor allem solche mit Migrationshintergrund, haben es nicht nur schwerer, auf höher qualifizierende Schularten zu kommen; es gelingt ihnen auch seltener, sich dort zu halten.

Deutschland gehört im internationalen Vergleich zu den Staaten mit den höchsten Anteilen an Klassenwiederholungen. Abgesehen von den dadurch verursachten Kosten bestehen erhebliche Zweifel am Nutzen des Wiederholens. Nicht von ungefähr lassen inzwischen einige Länder die Nichtversetzung nur noch in Ausnahmefällen zu.

Im Mittelpunkt der aktuellen bildungspolitischen Debatten steht die Frage nach der Qualität von Schülerleistungen und damit nach der Qualität des Schulwesens insgesamt. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass der Anteil höher qualifizierender Abschlüsse zunimmt und dass es nach den Befunden der PISA-Studien zwischen 2000 und 2003 leichte Kompetenzzuwächse, vor allem in Mathematik, gegeben hat. Dessen ungeachtet hat sich aber an einem grundlegenden Problem kaum etwas geändert: dem nach wie vor hohen Anteil von Abgängern, die die Schule ohne Abschluss verlassen, sowie der Tatsache, dass ein erheblicher Prozentsatz von Schülerinnen und Schülern auf einem sehr niedrigen Kompetenzniveau verbleibt. Dies ist eng mit sozialer Herkunft und Migrationshintergrund verbunden. Die bildungspolitischen Maßnahmen der Länder zielen nicht zuletzt darauf ab, die Lernentwicklung von Schülerinnen und Schülern aus sozial benachteiligten Familien durch ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote der Schule gezielt zu fördern.

Die Kompetenzentwicklung von Kindern und Jugendlichen ist nicht auf den schulischen Raum und auf formelle Lernprozesse begrenzt. Dies wird u. a. am Beispiel der Computernutzung verdeutlicht. Insgesamt scheinen Aktivitäten in Freundeskreis und Familie sowie selbst gesteuerte informelle Lernprozesse in dieser Altersstufe eine größere Rolle zu spielen. Als für die Persönlichkeitsentwicklung förderlich kann dabei das freiwillige soziale Engagement in Vereinen, kirchlichen Einrichtungen, sozialen Diensten usw. gelten. Jugendliche sehen sich hier vor allem mit Anforderungen im Hinblick auf einen guten zwischenmenschlichen Umgang sowie auf das eigene Durchhaltevermögen konfrontiert und schätzen die durch die Tätigkeit bewirkten Lernerfolge für sich selbst vergleichsweise hoch ein. Ganztagschulen können diese und weitere Bildungspotenziale nutzen, indem sie zusätzlichen Raum zum Erwerb von Basiskompetenzen und Kulturtechniken schaffen, etwa durch eine Öffnung zu anderen Lernorten.

Zur „Beruflichen Ausbildung“ (Kapitel E): Es gelingt dem Berufsausbildungssystem unterhalb der Hochschulebene immer noch, der überwiegenden Mehrheit der Jugendlichen eine qualifizierte Berufsausbildung und der Wirtschaft ein großes Reservoir gut ausgebildeter Fachkräfte zu vermitteln. Aber die Schwierigkeiten, diesen „komparativen Vorteil“ der deutschen Wirtschaft zu sichern, sind im letzten Jahrzehnt deutlich gestiegen.

Auf besondere Schwierigkeiten stoßen die Jugendlichen beim Übergang zwischen allgemein bildendem Schulabschluss und Aufnahme einer qualifizierten Berufsausbildung. 40% der Jugendlichen, die neu in eine Berufsausbildung einsteigen wollen, halten sich zunächst in einem Übergangssystem auf. Dazu zählen berufsvorbereitende Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit, Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr und solche Berufsfachschulen, die keine abgeschlossene Ausbildung, sondern berufliche Grundkenntnisse vermitteln und das Nachholen eines allgemein bildenden Abschlusses ermöglichen. Die Teilnehmerzahl des Übergangssystems hat sich im letzten Jahrzehnt um 44% auf fast eine halbe Mio. Jugendliche (2004) erhöht. Die Gefahr, dass hier wichtige Ressourcen von Jugendlichen und ein bedeutsames Arbeitskräftepotenzial für die Zukunft verspielt werden, ist nicht von der Hand zu weisen.

Die Schwierigkeiten beim Übergang in eine Berufsausbildung treffen am härtesten die Jugendlichen auf den untersten Bildungsstufen; aber auch jeder vierte Neuzugang mit Realschulabschluss beginnt seine Berufsausbildung im Übergangssystem. Das Ausmaß der sozialen Ungleichheit in der Berufsausbildung zeigt sich außerdem darin, dass Absolventinnen und Absolventen ohne Hauptschulabschluss kaum noch eine Ausbildungschance im dualen und überhaupt keine im Schulberufssystem haben. Von den Jugendlichen mit Hauptschulabschluss befinden sich derzeit nicht einmal 10% im Schulberufs- und gerade zwei Fünftel noch im dualen System.

Im Bereich der dualen Berufsausbildung hat sich die Angebots-Nachfrage-Relation im letzten Jahrzehnt gravierend verschlechtert. Dies geht mit starken regionalen Disparitäten einher. Eine halbwegs ausgeglichene Relation weist 2004 gerade noch ein Drittel der 177 Arbeitsagentur-Bezirke aus.

Auch beim Übergang von der Berufsausbildung ins Beschäftigungssystem haben sich die Schwierigkeiten für die Jugendlichen verschärft. Mit einem erheblichen Gefälle zwischen alten und neuen Ländern hat sich die Quote der Übernahme von Ausbildungsabsolventen durch die Betriebe in den letzten fünf Jahren merklich verringert. Dem entspricht, dass in vielen Berufen die Arbeitslosenquote der Ausbildungsabsolventen weit über der allgemeinen Arbeitslosenquote liegt. Damit erhöht sich für die Jugendlichen auch hier die Unsicherheit bei ihrem Berufsstart.

Als Institutionen der Wissensproduktion und der Wissensdistribution gewinnen die Hochschulen (Kapitel 7) immer größere Bedeutung. Neben den geplanten und zum Teil schon eingeleiteten hochschulpolitischen Reformen ist die gegenwärtige Situation der deutschen Hochschulen vor allem durch die Auswirkungen der in den letzten zehn Jahren stark angestiegenen Studiennachfrage gekennzeichnet. Eine durchgreifende Entlastung der Hochschulen vom Nachfrageüberdruck ist ausgeblieben und zeichnet sich auch für die nächsten zehn bis 15 Jahre nicht ab. Der Spielraum für die Hochschulen, wichtige neue Aufgaben zu übernehmen (z.B. in der Weiterbildung), vorhandene Aufgaben besser zu erfüllen (z.B. in der Erstausbildung) oder durch Intensivierung der Forschung die Bedeutung Deutschlands als Wissenschafts- und Innovationsstandort nachhaltig zu stärken, bleibt dadurch eng.

Weil immer mehr junge Menschen eine Studienberechtigung erwerben, ist die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger trotz rückläufiger oder stagnierender Übergangsquoten von der Schule zur Hochschule im langfristigen Zeitvergleich gestiegen. Zum starken Wachstum der Studiennachfrage hat vor allem in den 1990er Jahren die deutlich höhere Beteiligung der Frauen beigetragen; an den Universitäten liegt der Frauenanteil inzwischen stabil bei über 50%, in den Fachhochschulen bei ca. 40%.

Im internationalen Vergleich sind die Studienzeiten in Deutschland ungewöhnlich lang, zumal die sog. Regelstudienzeiten zumeist deutlich überschritten werden. Das gilt vor allem für die universitären Studiengänge. Auffällig ist auch die hohe Zahl der Studienabbrecher. Bezogen auf die Absolventen des Jahrgangs 2004 beträgt ihr Anteil 24% an den Universitäten und 17% an den Fachhochschulen.

Zwar wird die Zahl der Hochschulabsolventen und -absolventinnen in den nächsten Jahren, wenn die starken Studienanfängerjahrgänge aus den Jahren 1998 bis 2003 die Hochschule verlassen, ansteigen. Doch dürfte sie in den für die technologische Entwicklung besonders wichtigen Disziplinen der Ingenieur- und Naturwissenschaften nur wenig zunehmen. Der Anteil der Frauen unter den Hochschulabsolventen, seit 2003 bei etwa 50%, wird voraussichtlich weiter ansteigen, auch deshalb, weil ihre Erfolgsquote im Studium höher ist. Von wenigen Studienbereichen bzw. Studienfächern abgesehen, haben die weitaus meisten Absolventen und Absolventinnen bislang keine Probleme, in eine ausbildungsadäquate Erwerbstätigkeit einzumünden.

Arbeitsmarkt und Beschäftigungssystem in Deutschland müssen sich jedoch darauf einstellen, dass die jungen Frauen in Zukunft einen zunehmend größeren Anteil des akademischen Humanpotenzials bilden werden. Wenn das volkswirtschaftlich verfügbare Arbeitsvermögen, insbesondere im Bereich hoch qualifizierter Arbeit, zukünftig mehr und mehr von den Frauen abhängt, sind damit sowohl im Blick auf die demographische Entwicklung wie auch das verfügbare Erwerbspotenzial tief greifende neue Herausforderungen sowohl für die Familienfreundlichkeit der Hochschule (bzw. des Studiums) als auch für die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familientätigkeit verbunden.

Zu „Weiterbildung und Lernen im Erwachsenenalter“ (Kapitel G): Im Kontrast zu der verbreiteten öffentlichen Rhetorik über die Wichtigkeit lebenslangen Lernens steht der Befund, dass die Weiterbildungsbeteiligung der deutschen Bevölkerung seit 1997 merklich gesunken ist und die Weiterbildungsausgaben der öffentlichen Hand und der Privatunternehmen reduziert worden sind. Die öffentlichen Ausgaben fallen zwischen 2000 und 2003 um über 20%, von 1.546 Mio. Euro auf 1.214 Mio. Euro; sie liegen damit unter dem Stand von 1995. Noch stärker sinken die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit: von 6.808 Mio. Euro (2000) auf 3.616 Mio. Euro (2004).

Wenn man die Erschließung neuer Qualifikationspotenziale und die Kompensierung von früheren Bildungsdefiziten als eine wichtige Aufgabe der Weiterbildung ansieht, so hat sich in dieser Hinsicht im letzten Jahrzehnt wenig getan. Der Abstand in der Weiterbildungsbeteiligung zwischen gering und höher qualifizierten Beschäftigtengruppen verringert sich im Wesentlichen nicht, und die Weiterbildungsteilnahme der ersten Gruppe verharrt auf einem niedrigen Niveau.

An den Fördermaßnahmen der Bundesagentur zeigt sich, dass positive Arbeitsmarkteffekte der institutionellen Weiterbildung begrenzt bleiben – und dies, obwohl die BA in den letzten Jahren ihre Mittel beträchtlich konzentriert und ihre Kontrollinstrumente reformiert hat. 2004 sind 40% der Teilnehmer an Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung sechs Monate nach deren Ende noch arbeitslos. Besonders zu beachten ist auch der Sachverhalt, dass sich bei der Teilnahme an diesen Maßnahmen seit Inkrafttreten der Reformen der Abstand zwischen jüngeren (unter 30 Jahren) und älteren Erwerbspersonen zu Ungunsten der älteren vergrößert hat. Dies passt schlecht zu den Bestrebungen in Politik und Wirtschaft, angesichts der demographischen Entwicklung die Potenziale älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer länger und intensiver zu nutzen.

Nachdenklich stimmen sollte auch der Sachverhalt, dass Deutschland bei der Weiterbildungsbeteiligung innerhalb der EU-15-Staaten eher am unteren Ende rangiert.

Informellen Formen der Weiterbildung wird in Wissenschaft und Öffentlichkeit hohe Aufmerksamkeit gewidmet. Die Hoffnung, dass durch sie Mängel in

der formalisierten Weiterbildung ausgeglichen werden könnten, bestätigt sich allerdings nicht. Vielmehr stehen beide Formen des Lernens im Erwachsenenalter in einem Verhältnis wechselseitiger Ergänzung zueinander. Diesen Zusammenhang zwischen beiden Lernformen für neue Strategien zur Organisation lebenslangen Lernens fruchtbar zu machen, erscheint als eine wichtige Perspektive für die Weiterbildungspolitik.

Zum Schwerpunktthema „Migration“ (Kapitel H): In diesem Kapitel wird zum ersten Mal der tatsächliche Umfang und die Heterogenität der Bevölkerung mit Migrationshintergrund dargestellt. Grundlage ist der Mikrozensus 2005, der nunmehr über das Kriterium der Staatsangehörigkeit hinaus eine Differenzierung der Zuwanderungskonstellationen aufgrund der individuellen und familialen Migrationserfahrung (1. oder 2. Generation) ermöglicht.

Demgemäß weist fast ein Fünftel der deutschen Bevölkerung individuelle oder familiale Zuwanderungserfahrung auf. Die Population mit Migrationshintergrund ist somit nahezu doppelt so groß wie die nach dem Kriterium der Staatsangehörigkeit ermittelte ausländische Bevölkerung. Noch höher ist der Anteil bei den Kindern und Jugendlichen im bildungsrelevanten Alter (unter 25 Jahre); er liegt bei 27% der gleichaltrigen Bevölkerung. Mit anderen Worten: Mehr als jedes vierte Kind und jeder vierte Jugendliche in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. Insbesondere die Tatsache, dass mehr als zwei Drittel der Gesamtpopulation mit Migrationshintergrund und gut ein Drittel der unter 25-Jährigen der 1. Zuwanderergeneration angehören und somit Quereinsteiger ins deutsche Bildungssystem sind, macht deutlich, dass sprachliche und kulturelle Förderung auf allen Stufen des Bildungswesens – vom Kindergarten über die Schule und Berufsbildung bis zur Erwachsenenbildung – einen zentralen Stellenwert behält.

Die Herausforderungen der Zuwanderung für das Bildungswesen werden bei einem Blick auf Bildungsbeteiligung und Bildungsverläufe der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund erkennbar: Bei der Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen hat sich das Beteiligungsniveau für die Kinder ab dem dritten Lebensjahr mit und ohne Migrationshintergrund im letzten Jahrzehnt angenähert, wenn gleich noch Unterschiede bei einzelnen Gruppen be-

stehen bleiben. Beim Übergang in die Grundschule wachsen die Differenzen: Vorzeitige Einschulungen von ausländischen Kindern sind 2004 etwa halb so hoch, verspätete Einschulungen doppelt so hoch wie bei den Schülerinnen und Schülern insgesamt.

Im Sekundarbereich der allgemein bildenden Schulen zeigt sich eine deutliche Ungleichverteilung von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund auf die unterschiedlichen Schularten. Schüler mit Migrationshintergrund haben nicht nur mehr Schwierigkeiten, auf höher qualifizierende Schularten zu gelangen, sondern auch größere Probleme, dort zu verbleiben. Die selektiven Mechanismen in den Schullaufbahnen wirken dahin, dass schließlich Jugendliche mit Migrationshintergrund unter der Gesamtheit der Studienberechtigten stark unterrepräsentiert sind.

Besonders kritisch stellt sich der Weg der jungen Migrantinnen und Migranten ins Beschäftigungssystem dar, und zwar an beiden Schwellen: dem Übergang von der Schule in die Ausbildung und dem Übergang von der Ausbildung in die Erwerbsarbeit. Der Weg ausländischer Jugendlicher in eine qualifizierte Ausbildung weist stärkere Hürden auf als der ihrer Altersgenossen ohne Migrationshintergrund. Besonders problematisch erscheint die Tatsache, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund, die einen Ausbildungsplatz erreichen wollen, im Durchschnitt deutlich bessere schulische Vorleistungen erbringen müssen als die Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund.

Bei den 20- bis unter 26-jährigen weisen die jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu denen ohne Migrationshintergrund sowohl die niedrigeren Ausbildungsquoten als auch geringere Erwerbstätigkeitsquoten, zugleich jedoch die höheren Anteile von Erwerbslosen und Nichterwerbspersonen auf. Allerdings sind hier die starken Differenzen innerhalb der gesamten Migrantenpopulation nach Herkunftskonstellation zu betonen: Es sind vor allem junge Erwachsene mit türkischem Hintergrund und aus anderen ehemaligen Anwerbestaaten, die die größten Probleme beim Übergang in die Erwerbstätigkeit haben. Dass bei diesen Gruppen besonders starke Anteile von weiblichen Nichterwerbspersonen anzutreffen sind, verweist darauf, dass bei der Integration neben den Arbeitsmarkt- und Ausbildungsproblemen auch ein grundlegendes kulturelles Problem, das der Erwerbsbeteiligung von Frauen, zu bewältigen ist.

Die Ungleichverteilung der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf die verschiedenen Schularten hat Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Lerngruppen. Es gibt einen Zusammenhang zwischen Schulart, sozialer Herkunft der Schülerschaft und ihrer ethnischen Zusammensetzung. Die Verteilung der Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf Schularten und Einzelschulen weist auf Tendenzen der Segregation hin. Etwa jeder vierte Jugendliche mit, aber nur jeder zwanzigste ohne Migrationshintergrund besucht eine Schule, in der Migranten die Mehrheit stellen. In den Schulen mit hohem Migrantenanteil konzentrieren sich vor allem solche Jugendlichen, die zu Hause kein Deutsch sprechen und sich auch unter Freunden eher der Herkunftssprache bedienen. Demgegenüber sprechen Jugendliche mit Migrationshintergrund, die auf eine Schule mit niedrigem Migrantenanteil gehen, unter Freunden und sogar mit den Eltern überwiegend Deutsch. Festzuhalten ist, dass etwa ein Fünftel der Hauptschulen in sehr problematischen Lernkontexten arbeitet, die durch einen sehr hohen Migrantenanteil in Verbindung mit niedrigem sozialen Status der Jugendlichen, geringen kognitiven Grundfähigkeiten, häufigen Lernschwierigkeiten und Verhaltensproblemen verbunden sind. Die Frage, ob die starke institutionelle Segregation in weiterführenden Schulen (auch) auf Benotungs- und Auswahlentscheidungen der Lehrkräfte zurückzuführen ist, ist differenziert zu beantworten: Lehrkräfte in der Sekundarstufe I bewerten die Leistungen von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund leistungsgerecht. Bei den Übergangsempfehlungen der Grundschule für weiterführende Schulen zeigt sich hingegen, dass sie nicht nur von der schulischen Leistung, sondern auch von der sozialen Herkunft abhängen: Kinder, deren Eltern in Deutschland geboren sind, haben – bei gleicher Lesekompetenz – eine 1,66-mal höhere Chance, eine Gymnasialempfehlung zu erhalten, als Kinder, deren Eltern nicht in Deutschland geboren sind.

Verschiedene Maßnahmen zielen darauf ab, Kinder mit Migrationshintergrund bereits vor Schuleintritt vor allem hinsichtlich ihrer Sprachkompetenz systematisch zu fördern. Die Bildungspläne für den Elementarbereich messen der Unterstützung der sprachlichen Entwicklung vorrangige Bedeutung zu. Sprachfeststellungen im letzten Kindergartenjahr oder bei der Einschulung dienen dazu, die spezifischen Stärken und Schwächen der Kinder auf diesem Gebiet zu analysieren. Besondere Erwartungen

richten sich auf die Förderung von Migrantenkindern durch Schulen mit Ganztagsangeboten.

Gemessen an den Kompetenzen, die bei internationalen Schulstudien erfasst werden, gelingt es einigen wenigen Staaten (Australien, Kanada und Neuseeland), durch systematische Einwanderungs-, Integrations- und Bildungspolitik Kompetenzunterschiede schon für die zweite Generation auszugleichen. Unter den europäischen Staaten mit Arbeitsmigration ist Deutschland der Staat, dessen Zuwanderer sich hinsichtlich Bildungshintergrund und Status am meisten von der übrigen Bevölkerung unterscheiden. Eine Besonderheit besteht auch darin, dass die erste Generation, mit relativ vielen Aussiedlern, bei Kompetenzmessungen in Sekundarschulen besser abschneidet als die zweite Generation, in der Jugendliche mit türkischem Hintergrund stärker vertreten sind. Einflussfaktoren, von denen die Schulleistungen der Migrantinnen und Migranten abhängen, sind – in Deutschland noch stärker als in anderen Staaten – die Sprachpraxis im Elternhaus, das Einwanderungsalter und das Bildungsniveau der Eltern. Auch die Befunde der Schulleistungstudien verweisen eindringlich auf die Notwendigkeit einer systematischen Förderung, schwerpunktmäßig beim Spracherwerb im Deutschen für Personen mit türkischem Hintergrund. Umso bedauerlicher ist es, dass kaum verlässliche Daten vorliegen, die etwas darüber sagen, welche Art von Förderung bei welchen Personen welche Wirkung entfaltet.

Das abschließende Kapitel I widmet sich beispielhaft den „Wirkungen und Erträgen von Bildung“. Die erreichte schulische und berufliche Bildung hat in vielen Lebensbereichen positive Wirkungen für die Individuen, aber auch für die Gesellschaft als Ganzes. Mit höheren Bildungsabschlüssen steigen die individuellen Chancen auf eine dauerhafte und angemessene berufliche Tätigkeit. Auch außerberuf-

lich lassen sich positive Wirkungen feststellen, etwa hinsichtlich der Gesundheit oder der Wahrnehmung der Möglichkeiten politischer Teilhabe. Diesen individuellen Chancen entsprechen Erträge für Unternehmen, Institutionen und die Gesellschaft. Ergebnisse der neueren ökonomischen Forschung zeigen, dass Bildungsinvestitionen nicht nur positiv auf Wachstum und Innovationsfähigkeit wirken, sondern sich auch sozialpolitisch auszahlen.

Die positiven Erträge von Bildung lassen sich allerdings nur dann realisieren, wenn es Möglichkeiten gibt, die im Bildungsverlauf erworbenen Kompetenzen tatsächlich auch zu nutzen. Von selbst stellen sich positive Bildungserträge nicht ein. Ein wesentliches Merkmal von Bildung ist die Langfristigkeit ihrer Wirkungen. Individuen können ihr Leben auf einer soliden Grundbildung aufbauen und von den vielfältigen Chancen zur Kumulation weiterer Bildung profitieren. Umgekehrt tragen sie aber auch lebenslang die Folgen von Bildungsdefiziten und Bildungsarmut. Damit wird die Gesellschaft insgesamt langfristig von den Ergebnissen der Bildungsanstrengungen vergangener Zeiten geprägt.

Welche Erträge oder Wirkungen Bildung langfristig im Lebensverlauf hat, hängt immer weniger allein vom ersten Schul- oder Ausbildungsabschluss ab, sondern zunehmend von der Wahrnehmung konsekutiver Bildungsangebote. Von dieser Öffnung des Bildungssystems profitieren aber nicht alle gleichermaßen. Mit derselben ausdifferenzierten Bildungslandschaft konfrontiert, polarisieren sich die Chancen zwischen erfolgreichen „Bildungskumulierern“ und weniger erfolgreichen, zum Teil scheiternden Ausbildungslosen. Wenn es nicht gelingt, die Nachteile eines niedrigeren Schulabschlusses zu korrigieren, verstärken sich die anfänglichen Unterschiede noch mehr. Es kommt deshalb wesentlich darauf an, den Anteil der Bildungsverlierer so gering wie möglich zu halten.

